



Hoffnung auf Durchbruch im Atomstreit mit Iran

Bei den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm in Genf wird heute ein wichtiges Ereignis erwartet: Teheran soll einen neuen Plan bekannt geben, der nach Ansicht der Iraner die Weltgemeinschaft vom friedlichen Charakter des Atomprogramms überzeugen muss. Zugleich soll der Plan die Möglichkeit für die weitere Urananreicherung bieten. Bekannt ist vorerst lediglich, dass der Plan aus drei Punkten besteht. Daraus, dass der Iran nicht vorhat, das Atomforschungsobjekt in Fordu zu schließen (eine Forderung des Westens), wird kein Hehl gemacht.

„Rossijskaja Gaseta“ (www.rg.ru)

Assad wird legitimer Verhandlungspartner des Westens

Der auf mindestens ein Jahr ausgedehnte Prozess der C-Waffen-Vernichtung in Syrien macht Präsident Baschar al-Assad zumindest für diesen Zeitraum zu einem legitimen Partner des Westens. Die Militäroperation gegen Syrien, die die Golf-Monarchien so enthusiastisch finanzieren wollten, ist von der Tagesordnung gestrichen. Bei ihrem jüngsten Treffen in Indonesien haben Lawrow und Kerry bestätigt, dass das offizielle Damaskus die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der C-Waffen-Vernichtung umfassend erfüllt. Die Weigerung eines Teils der syrischen Opposition, an der von Kerry bereits annoncierten „Genf-2“-Konferenz teilzunehmen, war offenbar eine Rache der Monarchen in Saudi-Arabien und Katar, denen es nicht gelang, Assad durch die Hände des Westens zu stürzen.

„Kommersant“ (www.kommersant.ru)

Al-Qaida erklärt alle Nicht-Moslems zu Feinden

Der Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September fiel zeitlich mit einer neuen Welle der Terroraktivitäten von Al-Qaida zusammen. Waren bisher die USA und ihre Verbündeten die Hauptziele des globalen Dschihad, so erklären nun die Islamisten alle Ausländer und Nicht-Moslems zu ihren Feinden und erweitern ihre Aktivitäten über die Grenzen der westlichen Welt hinaus. Die geographische Ausweitung der Aktivitäten der Terror-Internationale bedeutet, dass diese Aktivitäten zunehmend auch Staaten bedrohen, die die Militärkampagnen der USA und der Nato nicht unterstützen. Zu diesen gehört auch Russland.

„Nesawissimaja Gaseta“ (www.ng.ru)

Russland vor schwierigen demographischen Problemen

Das russische Arbeitsministerium hat am Montag mitgeteilt, dass im Lande bereits seit drei Monaten ein natürlicher Bevölkerungszuwachs registriert wird. An der besorgniserregenden Tendenz des Bevölkerungsschwunds, auf die die offizielle Statistik und unabhängige Experten hinweisen, wird aber dieser zeitlich begrenzte Zuwachs kaum etwas ändern können. Der demographische Rückgang wird auch wirtschaftliche Probleme nach sich ziehen. Laut einer offiziellen Prognose der russischen Statistikbehörde Rosstat stehen Russland vor mehreren Entwicklungsvarianten, die beide nicht sonderlich attraktiv scheinen: entweder ein weiterer Rückgang der Bevölkerungszahl oder eine Steigerung der Zahl der Landeseinwohner durch einen Migrationszustrom.

15.10.2013